

**Aus der Not eine Tugend –
Zukunftsperspektiven einer alternden
Gesellschaft**

Axel Börsch-Supan

54-2004

Juli 2004

Aus der Not eine Tugend – Zukunftsperspektiven einer alternden Gesellschaft

Professor Axel Börsch-Supan, Ph.D.

Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) und Professor an der Fakultät für Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim

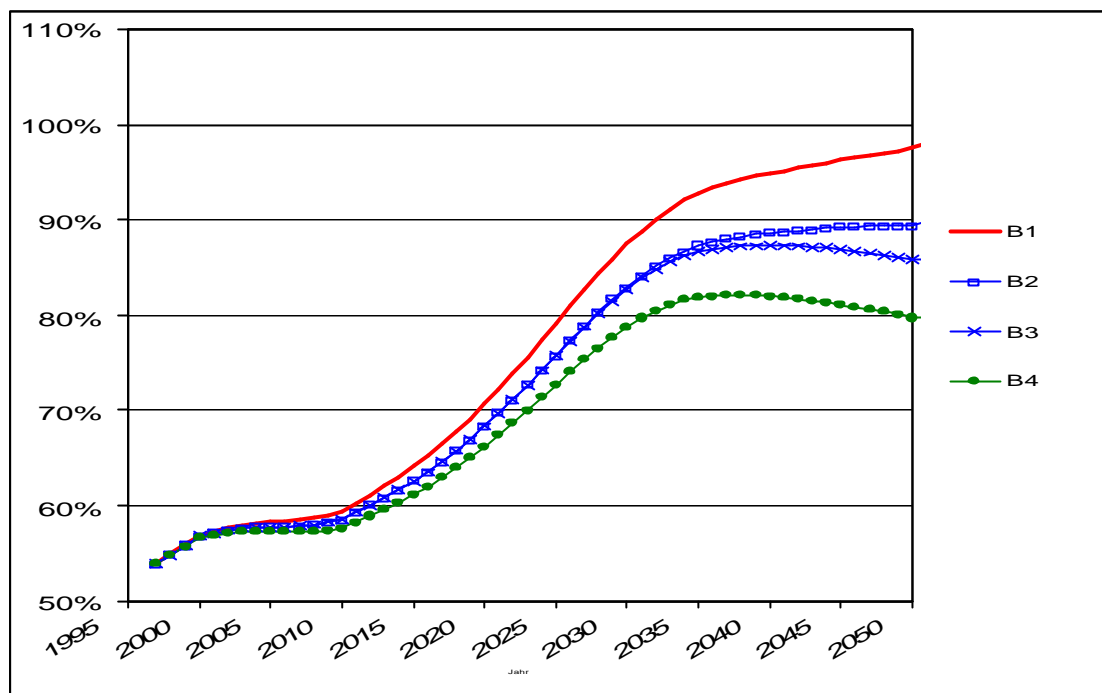
Vortrag bei der Herbert-Quandt-Stiftung zu den 22. Sinclair-Haus Gesprächen am 7. und 8. Mai 2004, Überarbeitung 16. Juni 2004

Einer der großen „Megatrends“, der Deutschland in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verändern wird, ist der demographische Wandel. Im Jahr 2030 werden aufgrund unserer niedrigen Geburtenrate und wegen des erfreulichen Anstiegs der Lebenserwartung etwa doppelt so viele ältere Menschen wie heute in Deutschland leben. Die Alterung unserer Gesellschaft hat tief greifende Auswirkungen auf unser Wirtschafts- und Sozialsystem, insbesondere, weil der Anteil der Erwerbstätigen in unserer Gesellschaft drastisch sinken wird. Es gibt keine historischen Vorbilder für diesen Alterungsprozess. Der gesellschaftliche Diskurs schwankt daher zwischen Gesundbeterei („Die Renten sind sicher“) und Katastrophenjournalismus („Das Malthusale-Komplott“). Beides ist falsch und unangebracht. Dieser Vortrag soll zu einer nüchternen Bestandsaufnahme und einer ebenso beherzten wie besonnenen Politikantwort beitragen.

Der demographische Strukturwandel

Was wird passieren? In Deutschland ist die Alterung der Bevölkerung im wesentlichen eine Strukturveränderung, denn die Bevölkerungszahl wird sich in den nächsten 30 Jahren von den heutigen 82 Millionen nur gering auf ca. 77 Mio. Einwohner zurückgehen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird jedoch massiv schrumpfen. Diese relative Verschiebung wird am deutlichsten im wichtigsten ökonomischen Indikator der Alterung, nämlich der Zahl der Rentner bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen. Dieser Indikator, der ökonomische Alterslastquotient, ist in Abbildung 1 aufgezeichnet.

Abbildung 1: Rentnerquotienten bei verschiedenen Bevölkerungsprognosen



Quelle: Soweit nicht anders angegeben, Berechnungen des Autors (www.mea.uni-mannheim.de).

Prognosen sind mit Unsicherheit verbunden. Die Varianten B1 bis B4 in der Abbildung 1 zeigen die Spannweite heute denkbarer Entwicklungen auf. Unstrittig sind demnach drei Kernpunkte:

- Die Bevölkerungsalterung setzt erst in etwa 10 Jahren ein. Noch erleben wir im wesentlichen die Ruhe vor dem Sturm
- Die eigentliche Alterungsphase findet zwischen den Jahren 2010 und 2030 statt. Die ökonomische Alterslast, derzeit etwa 56 Rentner pro 100 Erwerbstätige, wird sich auf 80 bis 95 Rentner pro 100 Erwerbstätige erhöhen (d.h. um 45 bis 70%).
- Diese Relation wird danach langfristig relativ stabil bleiben und sich in Abhängigkeit von der Geburtenrate nur sehr wenig ändern. Keineswegs kommen wir in absehbarer Zeit zurück zu den heutigen Verhältnissen.

Nun wird die makroökonomische Herausforderung deutlich. Bei in etwa gleicher Anzahl von Konsumenten, die sich zudem an ein wesentlich höheres Konsumniveau gewöhnt haben als die heutige Rentnergeneration, wird es in 20-30 Jahren wesentlich weniger Erwerbstätige geben, die diese Konsumgüter und -dienstleistungen produzieren müssen. Wie kann das gelingen? Zum einen können wir mehr aus dem Ausland importieren. Diese Importe müssen aber finanziert werden, so dass diese Strategie langfristig auf eine Umkehrung des heutigen Zah-

lungsbilanzgleichgewichts hinausläuft. Binnenwirtschaftlich kann eine höhere Konsumproduktion nur durch eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität entstehen. Diese erfordert wiederum eine höhere Kapitalintensität.

Eine Kernthese dieses Vortrags ist daher, dass sich die Produktions- und Handelsstruktur der deutschen Volkswirtschaft der demographischen Entwicklung stark anpassen muss. Die Alterung wird nicht nur Folgen für den Arbeitsmarkt haben – Arbeit wird knapp – sondern auch auf die Kapitalmärkte – Kapital muss vermehrt Arbeit substituieren – und die internationalen Handels- und Kapitalströme – wir werden vermehrt Kapital im Ausland anlegen und im Gegenzug später von diesen ausländischen Produktionsstätten importieren müssen.

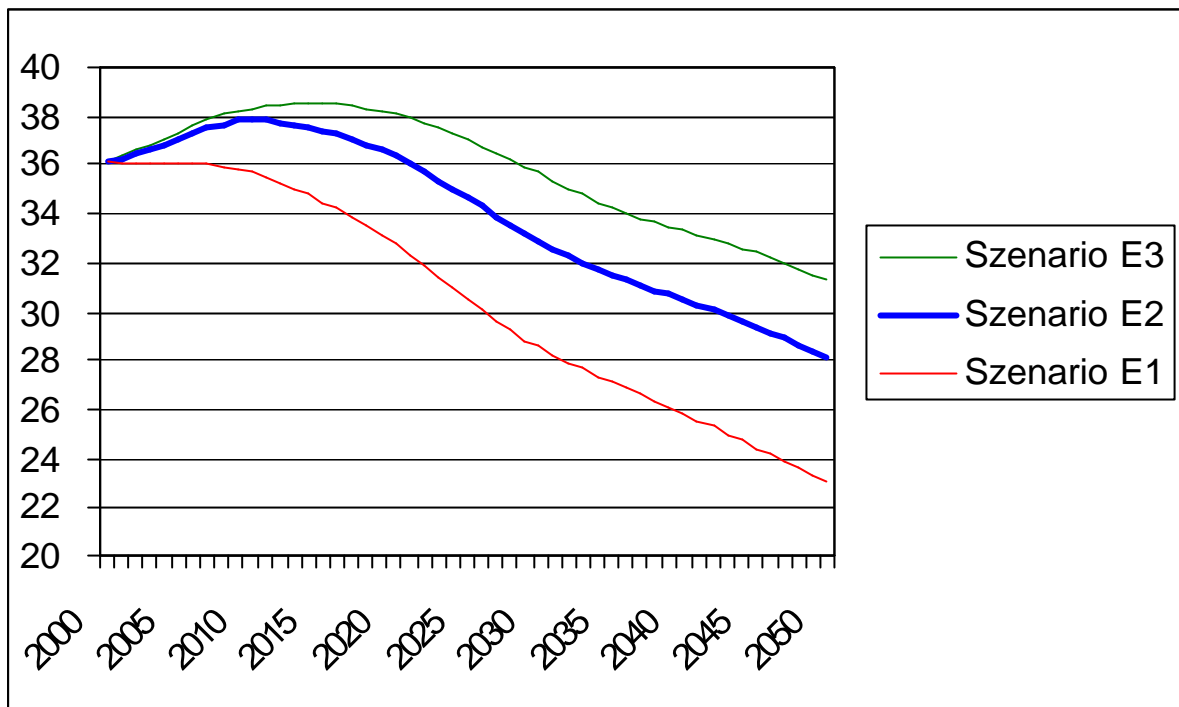
Im Übrigen gewinnt erst vor diesem makroökonomischen Hintergrund die Rentenreformdiskussion ihren eigentlichen Stellenwert. Es geht nicht nur um die soziale Absicherung der Menschen im Alter, sondern auch um die Vorbereitung einer Produktionsstruktur, die es erlaubt, einen immer höheren Anteil des Konsums von einer schwindenden Anzahl Erwerbstätiger bereitzustellen. Der Anteil des Konsums Nichterwerbstätiger wird im Jahr 2030 bei über 50% liegen. Dies wird nur durch die Ergänzung des Umlageverfahrens durch eine deutlich stärkere kapitalgedeckte Säule finanzierbar sein. Sie hilft zum einen, die demographische Belastung des Rentenversicherungssystems zu mildern, und sie kommt zum anderen der Notwendigkeit entgegen, die deutsche Volkswirtschaft kapitalintensiver und international diversifizierter zu machen.

Alle diese Implikationen im Detail nachzuvollziehen, übersteigt die Zeit für diesen Vortrag. Ich werde im ersten und ökonomischen Teil daher den Fokus zunächst auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt legen, dann aufzeigen, wie eng die Arbeitsmarktentwicklung mit den Kapitalmärkten verbunden ist, um schließlich mit den internationalen Aspekten der Kapitalmarktentwicklung zu enden. Der zweite Teil wendet sich dann dem Reformprozess und den politischen Problemen einer nachhaltigen und generationengerechten Reformstrategie zu.

Der Arbeitsmarkt

Während die Varianten der Bevölkerungsprojektion sich erst nach dem Jahr 2040 deutlich auseinander bewegen, sind Annahmen über die Erwerbstätigkeit kritisch in der Abschätzung, wie sich das Arbeitsangebot in den nächsten Dekaden entwickeln wird. Abbildung 2 zeigt die wahrscheinlichste Entwicklung („Szenario E2“) zwischen zwei Extremannahmen („Szenario E1“ und „Szenario E3“).

Abbildung 2: Erwerbstätige in Deutschland, 2000-2050 [in Millionen]



Im pessimistischen Szenario E1 gehen wir davon aus, dass die jetzigen Erwerbstätigenquoten auch in Zukunft bestehen bleiben, während das Szenario E3 eine sehr optimistische Entwicklung der Erwerbstätigkeit repräsentiert, in der sich die Frauenerwerbsquote innerhalb der nächsten Dekaden fast vollständig an diejenige der Männer angleicht, das Rentenzugangsalter von 60 auf 65 Jahre ansteigt und die Arbeitslosenquote auf 4% fällt. Diese beiden Szenarien bilden die größtmögliche Spanne der unserer Ansicht nach möglichen Entwicklung. Dazwischen liegt das wahrscheinlichste Szenario E2. Hier erhöht sich die Frauenerwerbstätigenquote von 64% auf 74% und gleicht sich damit um knappe zwei Drittel an die heutige Erwerbstätigenquote der Männer von fast 80% an. Das Rentenzugangsalter steigt von 60 auf 62,5 Jahre, und die Arbeitslosigkeit fällt bis zum Jahr 2030 auf 5%.

Unabhängig davon, welche dieser sehr unterschiedlichen Annahmen man für wahrscheinlich hält, kristallisiert sich eine Entwicklung deutlich heraus: die Zahl der Erwerbstätigen wird stark abnehmen. Und selbst wenn die Erwerbstätigenquoten wie im mittleren Szenario E2 angenommen zunehmen, wird es absolut weniger Erwerbstätige als im Jahr 2000 geben, und zwar langfristig etwa 8 Millionen. Der Arbeitsmarkt wird also schrumpfen, wahrscheinlich um mehr als das Doppelte der heutigen Zahl der Arbeitslosen.

Dieser Rückgang findet im wesentlichen in den 25 Jahren zwischen 2010 und 2035 statt. Er bedeutet, dass im Jahre 2035 die Erwerbstätigen knapp 15% mehr leisten müssen als im Jahr

2010, um die gleiche Menge an Konsum- und Investitionsgütern pro Kopf der Bevölkerung zu produzieren. Um diese Schrumpfung zu kompensieren, wäre ein jährlicher Produktivitätszuwachs von etwa 0,45 Prozentpunkten von 2010 bis 2035 nötig. Findet dieser Zuwachs nicht statt, wird etwa ein Drittel des mittleren langfristigen realen Produktivitätszuwachses (der bei ungefähr 1,5% liegt) durch die relative Abnahme der Erwerbstätigkeit „aufgefressen“. Diese Konsequenz für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist die fundamentale makroökonomische Herausforderung der nächsten Dekaden.

Konkreter: Die Herausforderung an Wirtschaft und Politik ist es, die Abnahme der Erwerbstätigkeit zu dämpfen und das Potential, das in älteren Arbeitnehmern steckt, wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Dies erfordert nicht nur eine Umkehr der Frühverrentungsanreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch eine Reform der Arbeitsschutzgesetze, die derzeit eine Belegschaftsumstrukturierung nur auf Kosten der Arbeitsbeteiligung älterer Mitarbeiter möglich machen. Eine so dramatische Verlängerung der Lebensspanne, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, kann nicht mit einem konstanten oder gar fallenden Rentenzugangsalter zusammen gehen – selbst in einer Volkswirtschaft, die so reich ist wie die unsrige.

Die Altersstruktur der Beschäftigten

Nicht nur die Anzahl, sondern auch die Altersstruktur der Beschäftigten wird sich in den nächsten Dekaden deutlich ändern. Dies zeigt Abbildung 3 Das durchschnittliche Alter der Erwerbstätigen wird in den nächsten 20 Jahren von 39 auf 42,5 Jahren ansteigen, 15 Jahre lang stagnieren und dann allmählich um ein weiteres Jahr ansteigen. Der dramatische Altersstrukturwandel wird besonders deutlich im Anteil der Erwerbstätigen, die 55 Jahre oder älter sind. Hier sieht man deutlich die temporäre “Verjüngung” der Beschäftigten, wenn die Babyboomgeneration in Rente geht. Man sieht jedoch auch, und dies ist eine wichtige Botschaft, dass die Altersstrukturverschiebung kein Übergangsphänomen sondern eine permanente Veränderung ist.

Abbildung 3a:
Durchschnittsalter der Erwerbstätigen

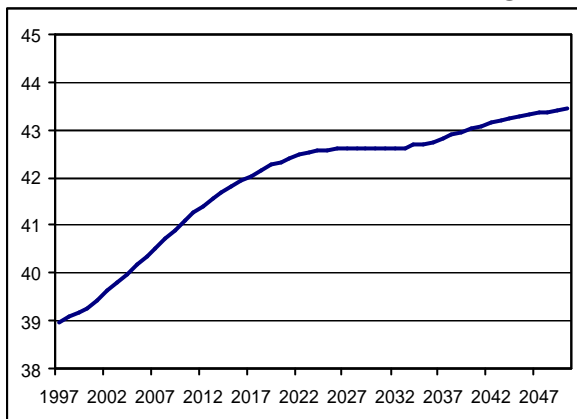
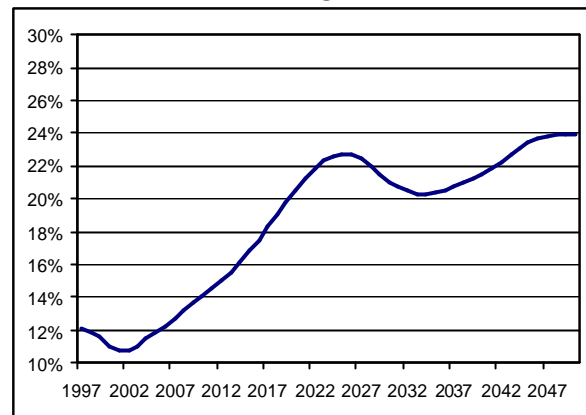


Abbildung 3b:
Anteil der Erwerbstätigen über 55 Jahren



Was bewirkt diese starke Änderung in der Altersstruktur der Beschäftigten? Der wichtigste – und umstrittenste – Aspekt ist die potentielle Auswirkung auf die Arbeitsproduktivität. Hängt die Arbeitsproduktivität negativ vom Alter ab, bewirkt die Altersstrukturverschiebung eine Verminderung der aggregierten Produktivität. Ob es allerdings wirklich einen solchen Rückgang der Produktivität im Alter gibt und wie hoch er ist, ist sehr umstritten. Klar ist, dass die physische Leistungsfähigkeit abnimmt. Ob diese Abnahme aber nicht durch Erfahrung, Menschenkenntnis und Organisationswissen in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mehr als kompensiert wird, ist unklar. Daten gibt es nur zu wenigen berufsspezifischen Arbeitsproduktivitäten. Tatsächlich wechselt jedoch typischerweise das Aufgabenfeld mit dem Alter, und genau diese Anpassung dient dazu, altersspezifische Kenntnisse auszunutzen.

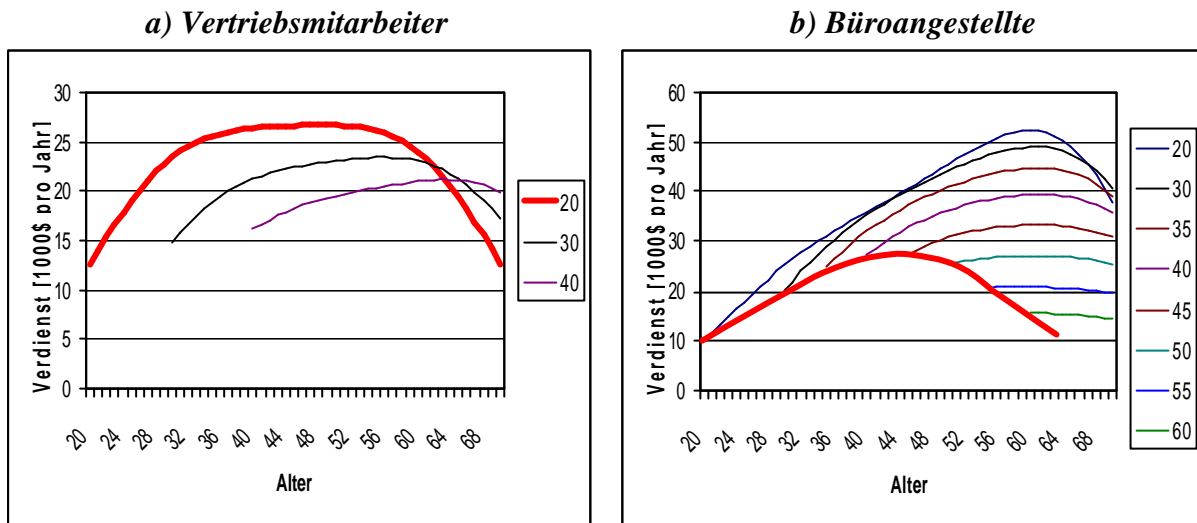
Um abzuschätzen, was passieren kann, wende ich zwei recht extreme Schätzungen der altersspezifischen Produktivität amerikanischer Arbeitnehmer an. Sie dürften die Spannweite möglicher Effekte in etwa umfassen.

Abbildung 4a zeigt den Stücklohn von Vertriebsmitarbeitern, die nach der Zahl und der Abschlusssumme der von ihnen vermittelten Versicherungsverträgen bezahlt werden. Dieser Stücklohn kann auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt gut als Maß für die Arbeitsproduktivität der Vertriebsmitarbeiter interpretiert werden. Diese Kurve ist relativ flach. Nach etwa 15 Jahren Einarbeitung hat sich der Stücklohn etwas mehr als verdoppelt. Zwischen 55 und 60 Jahren nimmt der Stücklohn und damit die Arbeitsproduktivität wieder ab.

Vertriebsmitarbeiter, die einen Stücklohn erhalten, sind sicher nicht repräsentativ für eine moderne Dienstleistungsökonomie. Als zweite Schätzung versuchen wir daher die altersspezifische Arbeitsproduktivität von Büroangestellten zu messen. Dies ist jedoch deswegen schwierig, weil diese typischerweise eine Entlohnung nach Seniorität erhalten, bei der also die

Entlohnung und die Produktivität entkoppelt sind. Abbildung 4b zeigt dieses Phänomen deutlich: der Verdienst von „Neuanfängern“ liegt deutlich unter dem Verdienst von „Altgedienten“. Wir benutzen daher das Altersmuster des Einstellungsgehalts als zweite Schätzung für die altersspezifische Arbeitsproduktivität. Das Profil der neu eingestellten Büroangestellten ist wesentlich ausgeprägter als das Profil der Vertriebsmitarbeiter in Abbildung 4a.

Abbildung 4: Alters- und senioritätsspezifische Verdienste



Quelle: Kotlikoff und Wise (1989), Employee Retirement and a Firm's Pension Plan, in D.A. Wise, ed., *The Economics of Aging*, Chicago: University of Chicago Press, 279-334.

In beiden Fällen ergibt sich ein stark glockenförmiger Verlauf der altersspezifischen Produktivität, der bei den Büroangestellten ein Maximum bei 44 Jahren erreicht und danach scharf abfällt, während das Produktivitätsmaximum bei den Vertriebsmitarbeitern 4 Jahre später anfällt und wesentlich weniger scharf ausgeprägt ist. In beiden Fällen ist im Alter von 60 Jahren die Arbeitsproduktivität der Büroangestellten auf ca. 60% des Maximalniveaus abgesunken, während es bei den Vertriebsmitarbeitern noch bei ca. 95% liegt.

Trotz der für den Leser vielleicht erschreckend stark ausgeprägten Altersabhängigkeit dieser Schätzungen der Arbeitsproduktivität ergibt sich jedoch nur ein geringfügiger Einbruch der aggregierten Arbeitsproduktivität. Legt man die Produktivitätsschätzung auf Basis des Vertriebspersonals zugrunde, ist der Einbruch zu vernachlässigen. Im extremen Fall der Schätzung auf Basis der neu eingestellten Büroangestellten beträgt der Einbruch immerhin etwa 3% in 20 Jahren. Dies entspricht einem Produktivitätsverlust von ca. 0.15% pro Jahr. Die potentiellen Produktivitätseffekte, die durch die Altersstruktur der Beschäftigten induziert werden, sind also deutlich geringer als der Produktionsausfall durch die geringere Zahl der Erwerbstä-

tigen pro Kopf der Bevölkerung, kosten aber bis zu einem weiteren Zehntel der normalen Produktivitätssteigerung.

Die Herausforderung an Arbeitgeber und Politik ist es also, das Potential, das in älteren Arbeitnehmern steckt, flexibel auszunutzen, um auch dieses Zehntel Produktivitätsverlust zu vermeiden. Die Entwicklung zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und die zunehmende Nutzung von Informationsverarbeitung macht das klassische Argument irrelevant, dass die physischer Arbeitsproduktivität mit dem Alter abnimmt.

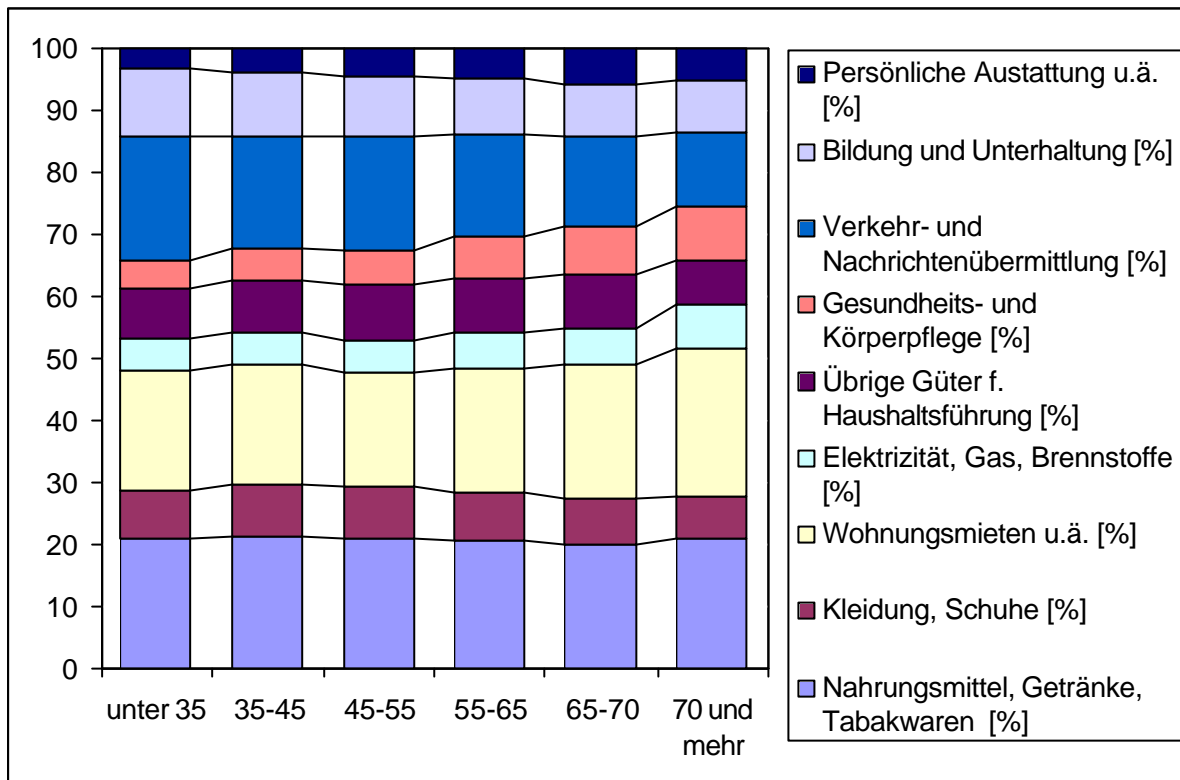
Eine der größten Herausforderung des Alterungsprozesses ist eine Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts. Dies wird nur durch große Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowohl der jüngeren als auch der älteren Arbeitnehmer zu meistern sein. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur der Politik, sondern auch den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern.

Strukturwandel und Arbeitsmobilität

Wir schließen unsere Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den Arbeitsmarkt mit einem Abschnitt über den Strukturwandel, der durch die in einer alternden Gesellschaft veränderten Konsumgewohnheiten ausgelöst wird. Kernthese ist, dass die sich ändernden Güternachfragestruktur eine deutliche Verschiebung der sektoralen Arbeitsnachfrage bewirken wird.

Wie stark Konsumgewohnheiten sich mit dem Alter verändern, zeigt Abbildung 5. Deutlich fällt auf, dass die Ausgaben für Güter der Gruppe „Verkehr- und Nachrichtenübermittlung“ mit dem Alter abnehmen, während Güter für die „Gesundheits- und Körperpflege“, aber auch Wohnungsmieten im Alter einen deutlich größeren Budgetanteil erhalten.

Abbildung 5: Altersspezifische Konsumausgaben [Gütergruppen in Prozent]



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 5, EVS 1993.

Unter der Annahme, dass auch in Zukunft das Muster der altersspezifischen Konsumausgaben der Abbildung 5 weiter besteht, können wir berechnen, wie sich die Güternachfrage im Verlauf des demographischen Wandels entwickelt wird. Die so errechneten aggregierten Ausgaben für Gesundheit steigen im Zuge der Alterung, während die für Verkehr sinken. Dies wird Rückwirkungen auf die Beschäftigung in diesen Sektoren haben. Abbildung 6 quantifiziert dies. Wir multiplizieren die Güternachfrageprojektionen mit der heutigen sektorspezifischen Arbeitsproduktivität und erhalten so den Zeitpfad der Beschäftigten pro Sektor im Zuge der Bevölkerungsalterung. Die Beschäftigung im Gesundheitssektor nimmt um ca. 7% zu, die im Verkehrssektor um etwa 5% ab. Insgesamt summieren sich Ab- bzw. Zugänge auf 18%, so dass nach dieser (überschlägigen) Rechnung mehr als ein Sechstel aller Arbeitsplätze umgeschichtet werden muss.

Wiederum ist die Herausforderung an Wirtschaft und Politik, flexibler als heute zu sein, um diesem Strukturwandel nicht weitere Hindernisse in den Weg zu stellen und damit friktionelle Arbeitslosigkeit hervorzurufen. Die negativen Begleiteffekte einer so dramatischen demogra-

phischen Entwicklung können nur durch flexible Anpassung reduziert werden, und Flexibilität ist derzeit nicht gerade das Markenzeichen des deutschen Arbeitsmarktes.

Die Kapitalmärkte

Die Bevölkerungsalterung wird die Kapitalmärkte in vieler Hinsicht direkt und indirekt betreffen. Viele Ökonomen glauben, dass ältere Menschen weniger sparen als jüngere, so dass die Haushaltsersparnis zurückgehen wird. Dieser Prozess könnte sich beschleunigen, wenn die Kapitalrenditen im Zuge der Alterung stark sinken – insbesondere zum Zeitpunkt, an dem die „Babyboomer“ ihre Vermögensbestände konsumieren („Meltdown-Hypothese“). Umgekehrt könnte eine konsequente Umsetzung der Riesterreform bzw. weitergehende Rentenreformen die Haushaltsersparnis wieder ankurbeln, würde aber weiteren Druck auf die Kapitalrendite ausüben. Schließlich läuft der Alterungsprozess international keineswegs einheitlich ab, was Verschiebungen in den internationalen Kapitalströmen bewirkt, da das Kapital tendenziell von den älteren Ländern mit sinkender Kapitalrendite zu den jüngeren Ländern fließt, in denen die Kapitalrenditen höher sind.

Ingesamt sind also die Entwicklungen vielschichtig und zum Teil gegenläufig. Erst eine sorgfältige Analyse aller Effekte zusammen kann eine korrekte Gesamtbilanz ergeben. In der Tat wird die Haushaltsersparnis sinken, und zwar insbesondere, wenn die „Babyboomer“ in Rente gehen. Die Auswirkungen der Alterung auf die Kapitalrendite sind spürbar, aber sie bewegen sich in Größenordnungen, die das dramatisierende Schlagwort vom „Meltdown“ als ziemlich überzogen erscheinen lassen. Die Einbettung Deutschlands in die internationalen Kapitalmärkte erweist sich als ein Segen, der die negativen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Kapitalrendite fast vollständig verhindern kann und über den anfangs erwähnten Importmechanismus eine effiziente internationale Arbeitsteilung ermöglicht.

Die Haushaltsersparnis

Ersparnis, Kapitalrendite und internationale Kapitalströme sind Ergebnisse eines komplexen Wechselspiels zwischen Angebot und Nachfrage auf den deutschen und internationalen Kapitalmärkten, beeinflusst von der Demographie und den Güter- und Arbeitsmärkten. Dies ist nicht der Ort, ausführlich darzustellen, wie wir dieses Gleichgewicht der Kräfte modellieren. Einige der strategisch wichtigen Annahmen mögen dem Leser aber helfen, einzuschätzen, wo die Grenzen und Möglichkeiten dieser Projektionen liegen.

Zunächst wenden wir unser Modell auf zwei Szenarien der Kapitalmobilität an: zum einen auf Deutschland als geschlossene Volkswirtschaft, zum zweiten auf Deutschland als offene

Volkswirtschaft mit perfekter Kapitalmobilität in die übrigen Länder der EU, der OECD und der übrigen Welt. Perfekte Kapitalmobilität mag eine übertriebene Annahme sein, aber es erweist sich, dass die weitaus meisten Kapitalströme im Euroverbund verbleiben, in dem der freie Kapitalverkehr im wesentlichen gewährleistet ist. Dies rechtfertigt auch die Annahme, dass Wechselkurse kurz- und langfristig keine Rolle spielen.

Zum zweiten nehmen wir wie bereits früher an, dass Lücken in der umlagefinanzierten Rentenversicherung durch eigene Kapitalbildung vollständig geschlossen werden, und dass diese erhöhte Eigenvorsorge ein Drittel der übrigen Haushaltersparnis verdrängt. Dieses Drittel ergibt sich indirekt aus der Kalibrierung des Modells mit der Entwicklung der Haushaltersparnis zwischen 1970 und 1995. Was die Rentenversicherung angeht, wenden wir die zwei bekannten Szenarien an: die Fortführung des bis vor der Riesterreform geltenden Umlageverfahrens und als „Einfriermodell“ eine Stabilisierung des heutigen Beitragssatzes mit einem daraus folgenden schrittweisen Übergang zu einem höher kapitalgedeckten Rentensystem als gemäß der Riesterreform.

Abbildung 6 zeigt die daraus resultierende Sparquote. Die linke Abbildung zeigt den reinen Effekt der Bevölkerungsalterung, d.h., wenn das derzeit noch bestehende Umlageverfahren weiter fortgeführt wird. Die rechte Abbildung zeigt den zusätzlichen Effekt einer konsequenten Rentenreform, d.h., wenn der Beitragssatz stabilisiert und dementsprechend mehr Eigenvorsorge getrieben wird.

Abbildung 6a:
Sparquote bei Fortführung
des Umlageverfahrens

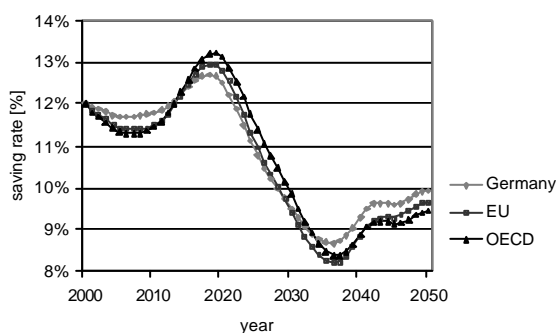
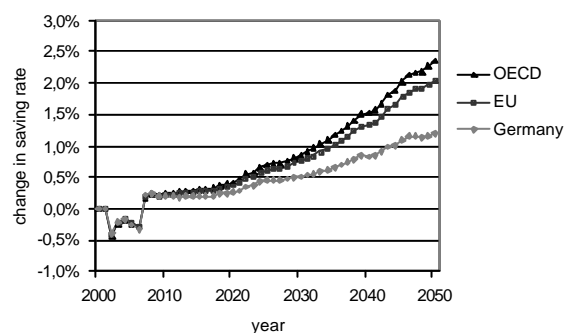


Abbildung 6b:
Zusätzliche Veränderung der Sparquote bei
konsequenter Rentenreform



Die Sparquote folgt der Demographie sehr stark. Nach einem kurzen „Zwischenhoch“, wenn die „Babyboomer“ in ihren einkommens- und damit auch sparstärksten Jahren sind, folgt der

demographisch bedingte Rückgang nach dem Jahr 2020, wenn die ersten „Babyboomer“ in Rente beginnen, in Rente zu gehen. Insgesamt fällt die Sparquote langfristig um ca. 3 Prozentpunkte von heute knapp 12% auf 9%. Dieser Rückgang wird durch die internationalen Diversifizierungsmöglichkeiten kaum tangiert.

Eine konsequente Rentenreform erhöht die Sparquote beträchtlich, wie die rechte Graphik der Abbildung 6 zeigt. Hier spielen die internationalen Diversifizierungsmöglichkeiten eine wichtigere Rolle. Muss die gesamte Altersvorsorge in Deutschland angelegt werden, sinkt die Kapitalrendite stärker ab (vgl. weiter unten) als bei internationaler Diversifikation, und die Haushaltersparnis steigt nur um einen Prozentpunkt wieder an im Vergleich zum Ausgangsszenario ohne Rentenreform. Mit einer konsequenten Rentenreform steigt die Haushaltersparnis um mehr als zwei Prozentpunkte, kompensiert also zu zwei Dritteln den demographiebedingten Rückgang der Sparquote.

Die Kapitalrendite

Die Kapitalrendite fällt, wenn Arbeit knapp und Kapital damit relativ reichlich wird. Daher fallen in Ländern, die altern, tendenziell die Kapitalrenditen. Verstärkt wird dieser Effekt durch eine Rentenreform, da dann das Kapitalangebot steigt. Wenn nun noch der kurzfristige Effekt eines plötzlichen Abzugs der Vermögensanlagen zu dem Zeitpunkt hinzukommt, an dem die „Babyboomer“ in Rente gehen und ihre Vermögensbestände konsumieren, mag man schnell auf einen „Meltdown“ mit dramatischen Renditeeinbrüchen schließen.

Diese Prognose ist unbegründet. Zum einen haben wir gesehen, dass die Haushaltersparnis relativ stabil bleibt, wahrscheinlich sogar sinkt. Daher wird das Kapitalangebot knapp, was die Kapitalrenditen stärkt. Diese Stärkung beruht insbesondere auf der Tatsache, dass eine alternde Volkswirtschaft Kapital braucht, um Arbeitskräfte zu substituieren und ihre Produktivität zu erhöhen, wie wir bereits gesehen haben. Zum anderen wird sich der „Meltdown“ über etwa 15 Jahre hinziehen und wird vom Kapitalmarkt antizipiert, da die demographischen Daten gut bekannt sind.

So ergibt sich insgesamt, dass die Kapitalrendite zwar in der Tat mit der Demographie schwankt, dass die quantitativen Effekte jedoch relativ gering sind. Insgesamt ist die maximale demographisch bedingte Schwankung zwischen den Jahren 2010 und 2030 etwa 120 Basispunkte, aber nur in dem kontrafaktischen Fall, dass es keinen Kapitalverkehr mit dem Ausland gibt. Schon bei einer Diversifikation um EU-Raum reduziert sich die Spanne auf 60 Basispunkte, und bei einer Erweiterung auf den OECD-Raum (im wesentlichen die USA) auf weniger als 20 Basispunkte mit langfristig steigender Tendenz.

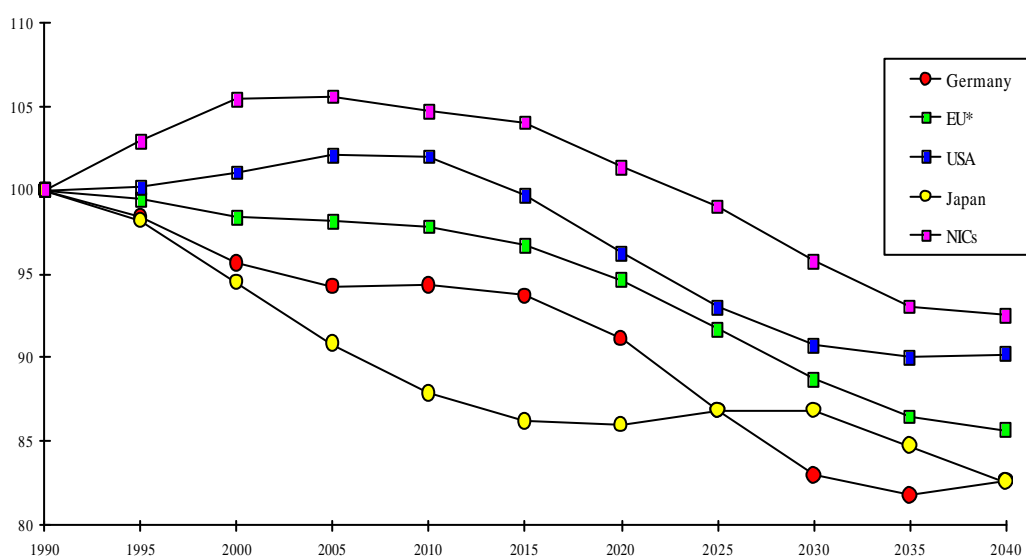
Eine konsequente Rentenreform reduziert die Kapitalrendite weiter. Allerdings ist dieser Effekt nur dann quantitativ bedeutsam, wenn internationale Diversifizierungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. In diesem Fall sinken die Kapitalrenditen um weitere 50 Basispunkte. Bei einer Diversifikation im EU-Raum reduziert sich dieser Effekt auf etwa 10 Basispunkte, und bei einem Einschluss der USA verschwindet der Renditerückgang fast völlig.

Hier liegen zwei wichtige Botschaften. Erstens kann die Mär vom „Meltdown“ nicht aufrecht erhalten werden, wenn man sorgfältig Angebot *und* Nachfrage auf dem Kapitalmarkt in die Prognose einbezieht. Zweitens spielt der internationale Kapitalmarkt eine wichtige Rolle, um die verbliebenen Renditeschwankungen auszugleichen. Zugespitzt formuliert: Alterung braucht Globalisierung.

Internationale Kapitalströme

Die Alterung der Bevölkerungen verläuft keineswegs einheitlich, noch nicht einmal in den Industrieländer. Dies zeigt Abbildung 7. Deutschland und noch mehr Italien altert langfristig sehr stark, Japan aber derzeit sehr schnell. In den USA verläuft der Alterungsprozess qualitativ ähnlich dem Deutschlands, aber auf einem viel weniger einschneidendem Niveau. Derzeit (etwa bis 2010) verbessert sich dort sogar das zahlenmäßige Verhältnis der Erwerbstätigen zu Einwohnern, und erst recht in den asiatischen Schwellenländern.

Abbildung 7: Relative Entwicklung der Stützquote (Erwerbstätige pro Bevölkerung)



Die demographiebedingten Ersparnis- und Renditeeffekte der beiden vorangegangenen Abschnitte treffen also unterschiedlich auf die verschiedenen Länder zu. Bei freiem Kapitalverkehr wird es daher Kapitalströme von den alternden und eher renditeschwachen zu den jungen und eher renditestarken Ländern kommen. Diese Kapitalströme werden im Höhepunkt um das Jahr 2020 ca. 5% des Bruttosozialprodukts betragen. Dies entspricht etwa dem 1,5fachen des heutigen Handelsbilanzsaldos, bewegt sich also in einer absehbaren Größenordnung. Sie werden um etwa 50% höher ausfallen, wenn das Umlageverfahren durch ein den Beitragssatz stabilisierendes Mehssäulensystem mit einer höheren Kapitaldeckung abgelöst wird.

Uns Deutschen kann eine offene und globalisierte Welt während des Alterungsprozesses also viel helfen. Ausgehend davon, dass Arbeit relativ immobil ist und wir keine massive Einwanderungswelle bekommen, werden statt der in Deutschland knappen Arbeitskräfte die Erwerbstätigen im Ausland die Konsumgüter produzieren, die in Deutschland nachgefragt werden. Offene Handelsbeziehungen sind ein Substitut für Grenzen, die für diejenigen offen sind, die hier Arbeit suchen. Offenheit im Handel bedingt jedoch auch Offenheit auf dem internationalen Kapitalmarkt. Der Grund ist einfach: Für die Ausweitung der Produktion im Ausland wird Kapital benötigt. Zudem wird Deutschland ein starkes Interesse haben, über den Mechanismus deutscher Direktinvestitionen im Ausland eine gewisse Kontrolle über die Unternehmen zu behalten, die in Zukunft unsere Konsumgüter herstellen sollen. Nur im Rahmen globaler Finanzmärkte findet das deutsche Kapital die rentablen und ausbaufähigen Produktionsstätten im Ausland, deren Absatzmarkt wiederum unser Inland ist.

Dieser Austausch ist keine Einbahnstraße. Er eröffnet Verbesserungsmöglichkeiten sowohl für das alternde und unter Arbeitskräftemangel leidende Deutschland als auch für die bevölkerungsmäßig jüngeren und kapitalschwächeren Volkswirtschaften im Ausland. Die Vorteile für Deutschland liegen in der Wiederherstellung der Balance zwischen Beschäftigung und Güternachfrage. Das Ausland erhält sowohl Kapital als auch Absatzmärkte. Die jüngeren Länder können damit schneller wachsen als ohne Direktinvestitionen aus Deutschland und Güterimporte hierher. Wir wiederum sind nicht auf einen historisch ganz außerordentlichen und fast unmöglich erscheinenden Produktivitätsfortschritt angewiesen, um das heutige Konsumniveau zu halten.

Im Grunde folgt der fruchtbare Zusammenhang zwischen Globalisierung und demographischem Wandel aus der alten Einsicht, dass Unterschiede jedweder Art handelspolitische Vorteile schaffen. Motor für den Globalisierungsgewinn sind in unserem Falle die in Abbildung 10 aufgezeigten relativen Unterschiede in der Alterung. Und da Deutschland als eines der

Länder mit der stärksten Alterung auf der Welt eine Extremposition einnimmt, sind diese Gewinne für uns besonders hoch.

Der Reformprozess

Wie mittlerweile sattsam bekannt ist, wird auch Deutschlands Rentenversicherung im Zuge des demographischen Wandels unter großen Druck kommen. In unserem Umlageverfahren finanzieren die Beitragszahler die Rentner. In den kommenden Jahrzehnten steigt die Zahl der Rentner deutlich, während die Zahl der Beitragszahler deutlich sinkt. Mehr Ausgaben, weniger Einzahler – der finanzielle Druck auf die Gesetzliche Rentenversicherung wird unmittelbar einsichtig. Wie auf dem Arbeitsmarkt, wird auch bei der Rente eine höhere Erwerbsbeteiligung im Alter helfen, den Druck zu mindern. Heute gehen in Deutschland mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer vor dem „normalen“ Renteneintrittsalter in Rente. Das wird sich ändern müssen. Aber auch eine Angleichung an das Regelrentenalter wird nicht reichen, um die Verlängerung der Lebenszeit voll zu finanzieren, die uns seit Adenauers Einführung des Umlageverfahrens mehr als acht zusätzliche Lebensjahre beschert hat, ohne dass wir das normale Rentenalter dieser Entwicklung angepasst hätten. Daher werden wir in den nächsten 30 Jahren das normale Rentenalter von 65 allmählich auf etwa 67 Jahre heraufsetzen müssen. Dies ist nicht unbillig, denn in dieser Zeit wird unsere Lebenserwartung um weitere 3 Jahre ansteigen und die Zahl der Berufe mit schwerer körperlicher Arbeit weiter zurückgehen. Zudem sind Gerontologen sich einig, dass „gutes Altern“ in einer von Erwerbstätigkeit geprägten Gesellschaft nicht aus einem möglichst langen untätigen Ruhestand bestehen kann. Vielmehr wollen und sollen ältere Menschen möglichst lang durch aktive Tätigkeit an unserer Gesellschaft teilhaben.

Im Gesundheitswesen stehen ähnliche Reformen an, sie werden eher noch einschneidender sein müssen als in der Rentenversicherung, weil im Gesundheitswesen der Reformstau noch größer ist. Der Reformdruck zerrt an den Nerven unserer Gesellschaft. Bei all diesen Herausforderungen darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Alterung zu einem großen Teil auf einer sehr erfreulichen Entwicklung beruht: Wir leben länger und wir bleiben länger gesund. Seit 1948 ist die Lebenserwartung um über 10 Jahre gestiegen. Heute 67jährige sind in vieler Hinsicht fitter als die 60jährigen der Zeit, als die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde.

Droht dieser schmerzhafteste Reformprozess die Gesellschaft zu spalten? Gerechtigkeit ist eine für den Zusammenhalt einer Gesellschaft zentrale Maxime, und so ist man selbstverständlich schnell bereit, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen als ebenso zentral anzusehen.

Angesichts des großen Reformbedarfs in unseren sozialen Sicherungssystemen stellt sich die Frage der Generationengerechtigkeit besonders deutlich, denn die Probleme, die wir mit unserer Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung haben, sind in allererster Linie Probleme des Ausgleichs zwischen den Generationen. Dennoch: die allseits im Munde geführte Konzept der Generationengerechtigkeit ist eine wohlfeile Worthülse, die abstrakt bleibt, weil sie sich nicht quantifizieren lässt, und die naiv ist, weil sich aus ihr für zentrale Fragen der Gesellschaft, zum Beispiel der Rentenreform, keine konkreten Handlungsanweisungen ergeben.

Konkrete Handlungsanweisungen ergeben sich vielmehr aus dem engen Korsett, in das uns die wirtschaftliche Lage Deutschlands einzwängt. Eine Belebung des Arbeitsmarktes, die wiederum Grundlage für ein wieder erstarkendes Wachstums ist (man beachte die Kausalität: erst mehr Beschäftigung, dann mehr Wachstum), erfordert eine Verringerung des Keils zwischen Brutto- und Nettolohn. Wir haben nicht die Option einer weiteren Ausweitung der Lohnnebenkosten zugunsten einer am Rentenniveau orientierten Rentenpolitik. Genau so, wie die Nachkriegsgeneration keine andere Wahl hatte, als wieder von vorne anzufangen, generationengerecht oder nicht, hat die Babyboomgeneration keine andere Wahl, als einen Teil ihrer Rente selbst zu finanzieren. Will sie das nicht und zwingt mit der Mehrheit ihrer Wählerstimmen die Pillenknickgeneration dazu, höhere Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, wird sie das Wirtschaftswachstum weiter abwürgen, so dass auch in diesem Fall ihr Realeinkommen sinken wird.

Die Option einer weitgehend kapitalgedeckten Rente haben wir jedoch auch nicht. Dazu ist es zu spät, denn es bleiben uns nur noch etwa 20 Jahre, bis die Babyboomgeneration in Rente geht. Diese Zeit ist zu kurz, um einen ausreichenden Kapitalstock aufzubauen. Die Option der Kapitaldeckung wurde in den 80er Jahren vergeben, als man die Rente noch als sicher anpries. Die Babyboomgeneration ist daher – ebenso wie alle übrigen Generationen – in ihrer Geschichte gefangen. Ob sie es besser oder schlechter hat als ihre Elterngeneration, deren Jugend während Nazizeit und zweitem Weltkrieg stattfand, kann man nicht beurteilen. Und ob sie es besser oder schlechter hat als ihre Kindergeneration, können wir nicht wissen. Neben der mangelnden Konkretisierbarkeit macht diese Geschichtsabhängigkeit das Konzept der Generationengerechtigkeit auch prinzipiell fragwürdig. Die Zeit und die verpassten Chancen der 80er Jahre diktieren somit auch das Verhältnis von staatlicher und privat finanzierter Rente. Die Politik hat in diesem Sinne weit weniger Gestaltungsmöglichkeiten als sie es wohl gerne hätte.

Statt der Schimäre Generationengerechtigkeit brauchen wir das auch praktisch umsetzbare Konzept der finanziellen Nachhaltigkeit. Es bedeutet, dass die Babyboomgeneration sich so an die demographischen Verhältnisse anpassen muss, dass die Beitragslast für die Pilleknickgeneration noch tragbar ist. Der Nachhaltigkeitsfaktor, der die Anzahl der Erwerbstätigen und die Anzahl der Rentenbezieher in die Rentenanpassungsformel einführt, macht aus dem leistungsbezogenen deutschen Rentensystem ein beitragsbezogenes System: Die gesetzliche Rente leistet das, was die jüngere Generation auch beitragen kann. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die entstehende Rentenlücke kann durch mehr Eigenleistung und eine längere Lebensarbeitszeit einigermaßen gut für die oberen vier Fünftel der Einkommensverteilung finanziert werden. Dem unteren Einkommensfünftel muss durch Zulagen und Umverteilung geholfen werden. Was immer wieder im Zuge des Reformprozesses untergeht: Auch nach den Anpassungen an die Demographie werden die Zahlbeträge der Renten noch wachsen – zwar nicht mehr so schnell wie die Löhne, aber ihre Kaufkraft wird in 30 Jahren höher sein als heute. Die Demographie schneidet ein, aber sie schneidet langsamer ein als der normale Produktivitätsfortschritt, so dass uns die verbliebene Differenz noch ein reales Wachstum erlaubt. Wir hatten das schon am Anfang im ökonomischen Teil gesehen: Der Rückgang der Erwerbstätigen mag uns bis zu einem Drittel des Wachstums kosten. Das ist unerfreulich. Aber zwei Drittel Wachstum bleiben übrig. Und noch wichtiger: Es werden mehr als zwei Drittel sein, wenn wir uns anpassen – mit einem späteren der längeren Lebenszeit angepasstem Renteneintrittsalter, mit einer älteren Belegschaft angepassten Aus- und Weiterbildung, mit Sozialsystemen, die die jüngere Generation nicht ausbluten lässt.

Der Alterungsprozess bedroht das ökonomische und soziale Gefüge unserer Gesellschaft. Aber die Bedrohungen sind beherrschbar. Die avisierten Reformen sind einschneidend, erlauben es aber, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des sehr langsamen demographischen Prozesses kontrolliert abzufedern. Die Alterung kommt wie ein Gletscher auf uns zu: langsam, aber mit großer Macht. Wer auf der Stelle sitzen bleibt, wird keinen Bestand haben. Aber wie einfach es doch ist, der Gefahr zu entgehen: Man muss sich nur ein wenig von der Stelle bewegen. Und wenn wir aus der Ortsveränderung neue Perspektiven gewinnen, haben wir aus der Not sogar eine Tugend gemacht.

Discussion Paper Series

Mannheim Research Institute for the Economics of Aging Universität Mannheim

To order copies, please direct your request to the author of the title in question.

Nr.	Autoren	Titel	Jahr
41-03	Oliver Lipps	Stochastische Bevölkerungsprognose für West- und Ostdeutschland	03
42-03	Axel Börsch-Supan	What are NDC Pension Systems? What Do They Bring to Reform Strategies?	03
43-04	Matthias Weiss	Employment of Skill Biased Technological Change when Benefits are Linked to Per-Capita Income	04
44-04	Alexander Ludwig and Torsten Sløk	The relationship between stock prices, house prices and consumption in OECD countries	04
45-04	Matthias Weiss	Skill-Biased Technological Change: Is there Hope for the Unskilled?	04
46-04	Hans-Martin von Gaudecker	Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	04
47-04	Karsten Hank	Effects of Early Life Family on Women's Late Life Labour Market Behaviour: An Analysis of the Relationship between Childbearing and Retirement in Western Germany	04
48-04	Christina Benita Wilke	Ein Simulationsmodell des Rentenversicherungssystems: Konzeption und ausgewählte Anwendungen von MEA-PENSIM	04
49-04	Axel Börsch-Supan, Alexander Ludwig und Anette Reil-Held	Hochrechnungsmethoden und Szenarien für gesetzliche und private Renteninformationen	04
50-04	Axel Börsch-Supan	From Public Pensions to Private Savings: The Current Pension Reform Process in Europe	04
51-04	Axel Börsch-Supan	Gesamtwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels	04
52-04	Axel Börsch-Supan	Mind the Gap: The Effectiveness of Incentives to Boost Retirement Saving in Europe	04
53-04	Joachim Winter		04
54-04	Axel Börsch-Supan	Aus der Not eine Tugend – Zukunftsperspektiven einer alternden Gesellschaft	04